

LESERBRIEFE

Logische Neuorganisation

Im Kanton Luzern werden die Gemeinden heute von den Regierungsstatthaltern beaufsichtigt. In den letzten Jahren gab es etliche Bereiche, die den laufenden Entwicklungen angepasst wurden: So wurde das Gemeindegesetz geändert, bei der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden wurden die Gemeinden gestärkt, und infolge Gemeindevereinigungen hat sich die Anzahl der Gemeinden von 107 auf 83 verringert. Die Änderung des schweizerischen Kinder- und Erwachsenenschutzrechtes hat schliesslich dazu geführt, dass Befugnisse, die bisher den

Regierungsstatthaltern vorbehalten waren, auf das Jahr 2013 hin auf Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden übergegangen sind. Damit ist ein bedeutender Teil der Aufgaben der Regierungsstatthalter weggefallen. So ist es mehr als logisch, dass die Aufsicht neu organisiert werden muss. Auch die grosse Mehrzahl der Gemeinden haben dies eingesehen und sich zustimmend zu diesen Änderungen geäussert. Deshalb sage ich Ja zu dieser Neuorganisation.

Ylfete Fanaj, Kantonsrätin SP, Luzern

Effizienz und Bürgernähe

«Die Regierungsstatthalter sind die einzige dezentrale Verwaltungsbehörde des Kantons Luzern und tragen zum Ausgleich der Interessen und zum gegenseitigen Verständnis zwischen Kanton und Gemeinden, Bürgerschaft und Staat bei.» So steht es auf der Homepage der Regierungsstatthalter des Kantons Luzern. Und in der Verfassung, die vom Volk am 12. Juni 2007 angenommen wurde und seit 2008 in Kraft ist, werden dezentrale Aufsichtsstellen verlangt, welche die Gemeinden unter Respektierung ihres Gestaltungsfreiraumes unterstützen. Nun befinden wir uns über die Abschaffung dieser dezentralen Aufsicht im Kanton Luzern. Sie soll neu zentral verteilt auf verschiedene Departemente administriert und die Gemeinden und Korporationen durch Behörden beaufsichtigt werden. Das ist ein staatspolitischer Sündenfall und aus finanzpolitischer Sicht nicht nachvollziehbar! Die CVP als föderale Kraft hat sich stets für den dezentralen Ansatz ausgesprochen und bleibt ihrer Linie treu. Denn dieser gewährt Bür-

gernähe und Effizienz, fördert die Kohäsion im Kanton, stellt die demokratische Legitimation nachhaltig sicher, stärkt die regionale Integration und Identität und ist zukunftsgerichtet. Wir sind überzeugt, dass die grossen Herausforderungen der Zukunft etwa im Bereich Energie und Verkehr nur unter Mitwirkung der Bevölkerung und Behörden vor Ort erfolgreich umgesetzt werden können. Gerade in Zeiten, wo von Ombudsstellen und Whistleblower die Rede ist, ist es falsch, mit dieser ersten Änderung der Kantonsverfassung und ohne Not den Grundsatz der Dezentralität über Bord zu werfen und schlanke, bewährte und effiziente Strukturen in den Regionen mit einem Federstrich auszulöschen. Es geht am 24. November um die Grundsatzfrage, ob wir unseren Kanton zentral oder dezentral organisieren wollen. Als Föderalist sage ich klar Nein zu dieser Zentralisierungsvorlage.

Raphael Kottmann,
Kantonsrat CVP, Mauensee

80 Zeilen pro Leserbrief

Die Rubrik «Leserbriefe» dient der freien Meinungsäusserung. Die veröffentlichten Leserbriefe müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Die Länge soll sich auf maximal 80 Zeilen zu 34 Anschlägen beschränken

(2700 Zeichen). Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe ohne Rücksprache zu kürzen. Es werden nur Beiträge aufgenommen, deren Absender mit vollständigem Vor- und Nachnamen und vollständiger Adresse (Strasse, Wohnort) versehen sind.

WB



Marlis Roos Willi
CVP, Menznau

Im Moment befasse ich mich in der Politik hauptsächlich mit drei Themen. Jedes auf einer anderen Stufe und in einem anderen Bereich im Gesetzgebungsprozess. Genau das ist das Spannende und Faszinierende an meinem Job als Kantonsrätin. Auf der einen

Drei Themen auf drei Ebenen

BRIEF

aus dem Kantonsrat

halter und werde dem Bau des Bücherdepots in Büron zustimmen. Beim Bund bin ich mit der Erhöhung des Autobahnvignetten-Preises und dem Betreuungsabzug einverstanden. Die 1:12-Initiative ist dagegen nicht in meinem Sinn, da werde ich Nein stimmen.

Asylinitiative

In der Kommission beschäftigen wir uns aktuell mit der Asylinitiative der SVP. Im März 2012 hat die SVP nach einem wohl nicht sehr intensiven Denkprozess Unterschriften für eine Initiative mit dem Titel «Für eine bürgernahe Asylpolitik» gesammelt. Bereits zu diesem Zeitpunkt hat das Amt für Gemeinden des Kantons darauf hingewiesen, dass die Initiative grobe Mängel hat, dem Bundesgesetz widerspricht und teilweise rechtswidrig ist. Das hat die Verantwortlichen der SVP

aufstellen um unser Land, und es uns alleine auf unserer Insel wohl sein lassen. Wobei ich nicht behaupten will, dass das Bürgernahe wäre! Die Art, wie wir leben dürfen, weckt Begehrlichkeiten in anderen Ländern.

Jetzt gilt es fair abzuwägen, welche Menschen in Not sind und bei uns Unterschlupf finden sollen und welche Menschen halt vor allem materiell von einem anderen Leben träumen. In Notlagen will ich unsere Türen in einem vertretbaren Mass offen halten und Menschen eine Herberge bieten, die in ihrer Heimat an Leib und Leben bedroht sind. Das verstehe ich unter christlicher, abendländischer Kultur.

Bundesrätin Simonetta Somaruga hat in letzter Zeit im Asylwesen gehörig aufgeräumt. Ausgerechnet die linke

Bauzonen einzuquartieren hat. Ausserhalb der Bauzone ist Landwirtschaftszone, Wald oder Gewässer. Wo genau müssten da die Asylbewerber untergebracht werden?

Budget

Ja, vom lieben Geld reden wir natürlich im Moment auch jeden Tag. Die Regierung hat das Budget für das kommende Jahr erstellt und glasklar dargelegt, dass es unumgänglich ist, den Steuerfuss um einen Zehntel zu erhöhen. Steuern sind Abgaben für staatliche Leistungen und staatliche Leistungen sind nicht gratis zu haben. Das ist eine unspektakuläre Binsenwahrheit. Wenn wir vor Jahren immer wieder Steuern senken konnten, so meine ich, dass wir sie auch wieder erhöhen können, wenn es notwendig ist. Jetzt ist es notwendig. Darum werde

Willisauer haben an der bevorstehenden Sammlung vom 2. letzten Chance, das zuwenden. Damit sichergestellt werden ma Hochwassers Ostergau-Daiwil, bereits in anderen degebieten geschwellige Beachtung bereits mehrmals getroffene Hausbewer schon allen Bürgern der Stadt Willisau zung bzw. Ablehnung des Zonenplans an deversammlung v

Thomas Bitzi und
Manuela Bernet E



ANNO DAZUMAL

Dieses Bild aus dem Jahr 1959 zeigt den Dorfschmied, Brunnenmeister und Jäger Kaspar Wetterwald schlagen eines Pferdes am letzten Tag seines über 40-jährigen Wirkens als Dorfschmied in Ettiswil. In Verfügung gestellt von Hans Kunz-Steinmann, Ettiswil.

Aushubdeponie: Weiteres Hochwasser

An der Gemeindeversammlung vom 25. November 2013 stimmt die Willisauer Bevölkerung über die Umzonung eines Grundstücks der Liegenschaft Neu-Rossgass im Ostergau ab. Diese Teiländerung des Zonenplans ist eine Grundvoraussetzung, damit die Firma Makies AG, Zell, während zirka fünf Jahren die seit 50 Jahren bestehende Lehmgrube mit Aushubmaterial füllen darf.

Ein Verzicht auf das natürliche «Überlaufbecken» erhöht die Hochwassergefahr für die betroffenen Anwohner massiv. Das ist unverantwortbar, wie auch die Verschandelung des Landschaftsbilds durch die geplante Überfüllung um rund sieben Meter. Das entsprechende Vorhaben kann nur verhindert werden, wenn die Teiländerung des Zonenplans abgelehnt wird.

Obwohl die betroffenen Anwohner seit mittlerweile gut einem Jahr sowohl die Firma Makies AG als Betreiberin der Aushubdeponie als auch den Stadtrat Willisau mehrmals auf die entsprechenden Anliegen sowie die zusätzlich zu erwartenden Immissionen wie LKW-Verkehr, Lärm, Staub etc. aufmerksam gemacht haben, konnte bisher keine auch nur einigermaßen befriedigende Lösung gefunden werden. Auch die von mehreren betroffenen Parteien verlangte nochmalige Besprechung mit dem Stadtrat Willisau vom 29. August 2013 brachte keine Verbesserung des Projekts – für die in der Vergangenheit immer wieder von Hochwasser betroffenen Liegenschaftseigentümer eine grosse Ernüchterung.

Zusammen mit einer Mehrheit der stimmberechtigten Willisauerinnen und

Willisauer haben an der bevorstehenden Sammlung vom 2. letzten Chance, das zuwenden. Damit sichergestellt werden ma Hochwassers Ostergau-Daiwil, bereits in anderen degebieten geschwellige Beachtung bereits mehrmals getroffene Hausbewer schon allen Bürgern der Stadt Willisau zung bzw. Ablehnung des Zonenplans an deversammlung v